
SP60+ zum Budget des Staatsrates

Zeit für die Wende

Der bürgerlich dominierte Staatsrat stellt erneut ein Sparbudget für 2022 vor. Dies ist schädlich für die Wirtschaft im Kanton Freiburg, schädlich für die Lebensqualität der Bevölkerung und schädlich für die Umwelt. Es ist an der Zeit, bei den kantonalen Wahlen die Wende einzuleiten.

Wie in den vergangenen Jahren führt der bürgerlich dominierte Staatsrat seine Sparpolitik fort, will Überschüsse erzielen und damit Spielraum für erneute Steuersenkungen vor allem zugunsten der hohen Einkommen schaffen. Und es gibt keinen Zweifel, dass der ebenfalls bürgerlich dominierte Grosse Rat diesen Vorschlägen unkritisch zustimmen wird. Diese Sparpolitik, die den längst widerlegten Rezepten aus dem letzten Jahrhundert folgt, hat schädliche Folgen für Wirtschaft, Bevölkerung und Umwelt im Kanton Freiburg.

Schädlich für die Wirtschaft. Die Freiburger Wirtschaft schwächelt nicht erst seit der Corona-Pandemie. In den letzten zehn vom [Bundesamt für Statistik](#) ausgewiesenen Jahren stagnierte die freiburgische Wirtschaftsleistung (BIP pro Kopf) bzw. ging leicht zurück. Der Kanton Freiburg befindet sich damit auf Platz 24 von 26 Kantonen. Seine Wirtschaftsleistung pro Einwohner beträgt mit 61'000 Franken rund 30% weniger als der schweizerische Durchschnitt. Er hat auch im Jahr 2021 bei der Wettbewerbsfähigkeit gemäss [UBS-Bericht](#) 3 Plätze verloren und liegt jetzt auf Platz 16 der Kantonsrangliste, wobei er besondere Schwächen im Bereich der Innovation zeigt. ***Vermögen zu häufen, um den Reichen die Steuern zu senken, anstatt Investitionen zu tätigen und in das Humankapital zu investieren, zahlt sich halt nicht aus.***

Schädlich für die Bevölkerung. Die bürgerliche Sparpolitik wirkt sich auch auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung aus. Der mittlere monatliche Bruttolohn in der Privatwirtschaft ist im Kanton Freiburg über 10% tiefer als in der Gesamtschweiz. Er ist in den letzten zehn Jahren auch signifikant weniger gewachsen. ([Statistisches Jahrbuch](#)). Die Rechte in Staatsrat und Grosse Rat lehnen einen Mindestlohn jedoch ab. Dafür profitieren die freiburgischen Haushalte weniger von Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen als Einwohner anderer Kantone ([BAG](#)). Im Bildungsbereich weist der Kanton Freiburg eine der höchsten Quoten an Personen ohne nachobligatorischen Abschluss aus. Und bei der Alterspolitik weisen Experten und Expertinnen darauf hin, dass die Senior+-Strategie zwar Vorbildcharakter habe, die Umsetzung jedoch an den spärlichen Mitteln der öffentlichen Hand scheitere. ***Schwache Wirtschaftsleistung, ungenügende Kaufkraft der mittleren und kleinen Einkommen sowie Mängel in der sozialen Wohlfahrt stehen in gegenseitiger Abhängigkeit und sind gesamthaft das Resultat einer Ideologie, welche die Soziale Wohlfahrt für Alle als sekundär betrachtet.***

Schädlich für die Umwelt. Ähnlich wie dem Senior+ geht es der Umweltpolitik. Zwar stellt die kürzlich vorgestellte Strategie für nachhaltige Entwicklung ein vielversprechendes Konzept dar. Die darauf erfolgte Kreditsprechung für den Klimaplan ist jedoch mehr als mager und steht mit 21 Millionen Franken für die nächsten 5 Jahre in krasssem Gegensatz zur entsprechenden ***Volksmotion***, welche 500 Millionen für 10 Jahre verlangte, aber von der bürgerlichen Rechten abgelehnt wurde. ***Sie hätte wohl die vorgesehene Steuersenkung, von der vor allem die hohen Einkommen profitieren werden, in Frage gestellt.***

Wendezeit. Am 7. November finden die kantonalen Wahlen statt. Die SP60+ ruft die Bevölkerung auf, diese Gelegenheit wahrzunehmen und für jene Kandidierenden zu stimmen, die für eine gesunde Wirtschaft, für Lebensqualität für alle und für eine lebenswerte Umwelt eintreten.